

## MATHIAS REYNARD

Ich sehe Politik als gemeinschaftliche Aktion. Für mich der Weg, um sozialen Fortschritt und Fortschritt für die Menschen zu erreichen.

Als ich mich entschied, ins Rennen um das Amt des Staatsrats zu steigen, war eines klar: Diese Kampagne sollte Vorschläge hervorbringen und Ideen einbringen. Und jenen eine Stimme geben, die ansonsten nie gehört werden.

Wir entschieden uns daher für einen partizipativen Prozess, um möglichst präzise Vorschläge zu erarbeiten. Das Ziel war es, Menschen über die Parteien hinweg zusammenzubringen, um gemeinsam einen Katalog von 100 realisierbaren Massnahmen zu erarbeiten. Vorschläge, die von der Basis kommen, aus dem Volk.

Es ist dies das erste Mal, dass ein solch innovativer Ansatz in diesem Umfang für eine Staatsratswahl umgesetzt wurde. Und das Ergebnis übertraf unsere Erwartungen: Mehrere hundert Menschen aller Altersgruppen und Regionen, mit den unterschiedlichsten Lebenserfahrungen, brachten ihre Ideen ein. Die meisten der Teilnehmenden hatten sich noch nie zuvor mit Politik beschäftigt. Wir haben mehr als 400 konkrete Vorschläge erhalten. Sie alle wurden genutzt, um Verbesserungsmöglichkeiten in allen Bereichen der staatlichen Tätigkeiten auszumachen. In Zusammenarbeit mit Fachleuten und Berufsverbänden konnten wir 100 Vorschläge auswählen: Zehn für jedes der zehn ausgewählten Kapitel.

Heute legen wir ein sehr konkretes Programm vor. Ein Programm mit einem konstruktiven und positiven Ansatz. Gemeinsam erarbeitete Vorschläge, die Hoffnung wecken. Für ein geeintes und offenes Wallis. Ein Programm für die Menschen in unserem Kanton. Sie stehen im Mittelpunkt unserer Aktion.

  
MATHIAS REYNARD



# PROGRAMM



# GESUNDHEITSSITUATION COVID-19

---



Wir machen derzeit eine lange Gesundheitskrise durch, die unsägliche Folgen hat. Und zwar in menschlicher, gesundheitlicher und wirtschaftlicher Hinsicht. Wir können diese Krise nur gemeinsam und solidarisch überwinden – indem man den Menschen und die Gesundheit in den Vordergrund stellt. Zu Beginn dieser Pandemie wurde versprochen, dass niemand am Strassenrand liegengelassen wird. Deshalb müssen wir geeignete und schnelle Lösungen für alle finden. Insbesondere für die Sektoren, die am stärksten betroffen sind wie die Gastronomie, den Tourismus und den Kulturbereich. Unsere Unternehmen und ihre Mitarbeitenden im Stich zu lassen, wäre nicht nur menschlich unzulässig, sondern auch wirtschaftlich unverantwortlich. Diese Krise zeigt uns, dass wir einen starken Staat brauchen, der mit ausreichenden Mitteln solch schwierige Situationen bewältigen kann. Wir brauchen abgestimmt und koordinierte Entscheide zwischen den Kantonen. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen des Gesundheitspersonals, das seit Monaten zur Rettung von Leben unter schwierigsten Bedingungen arbeitet, müssen verbessert werden. Wir müssen auch gegen die indirekten Folgen dieser Krise vorgehen (Schulabbrüche, psychisches Leiden, Einsamkeit...).

## KONKRETE GESUNDHEITSMASSNAHMEN



1. Die Arbeitsbedingungen für das Pflegepersonal in Spitälern, Alters- und Pflegeheimen und Sozialmedizinischen Zentren müssen verbessert werden. Gleichzeitig muss der Personalbestand erhöht werden.
2. Nötige und nachvollziehbare Massnahmen müssen in Zusammenarbeit mit angrenzenden Kantonen gefördert werden, z.B. durch die Einführung eines Ampelsystems.
3. Die Empfehlungen und auch Kontrollen bezüglich Schutz der Arbeitnehmenden müssen verstärkt werden. Das Weiterlaufen der Wirtschaft darf nicht auf dem gesundheitlichen Buckel der Angestellten umgesetzt werden.
4. Impfzentren müssen dezentral organisiert werden. Und durch mobile Einheiten soll sichergestellt werden, dass auch in den Seitentälern und in Tourismusgebieten schnell geimpft werden kann.

## KONKRETE ALLGEMEINE MASSNAHMEN



1. Die Institutionen und Aktionen im Kampf gegen die indirekten Folgen der Pandemie (häusliche Gewalt, Einsamkeit, psychisches Leiden usw.) müssen verstärkt und besser unterstützt werden.
2. Massnahmen müssen entwickelt werden, die Schulabbrüche infolge der Pandemie verhindern können: Fernunterricht, genügende Ausstattung der Schulklassen mit Informatik, wo nötig Unterstützung von Familien bei der Beschaffung von Informatik-Geräten für ihre Kinder, Organisation von Nachhilfe-Kursen.

# GESUNDHEITSSITUATION COVID-19

---



## KONKRETE WIRTSCHAFTLICHE MASSNAHMEN

1. Verfahren müssen vereinfacht werden. Und es braucht einen administrativen Support für Unternehmen bei ihren Anträgen um finanzielle Unterstützung. Die Auszahlungen müssen schneller erfolgen.
2. Neben der Bundeshilfe braucht es ein angemessenes Niveau an korrekten Löhnen für Menschen mit unregelmässigem Einkommen. Zu denken ist besonders an Einkommen in der Kultur-, Freizeit- und Veranstaltungsbranche, aber auch an Studierende und Menschen in prekären Situationen.
3. Es muss ein formeller Dialog zwischen Eigentümern und Gewerbe-Mietenden installiert werden. Die Mieten müssen während der behördlich verhängten Schliessung reduziert werden, damit die Fixkosten der Unternehmen gedeckt werden können.
4. Die kulturellen Produktionen und der Zugang zur Kultur muss unbedingt massiv unterstützt und wieder angekurbelt werden, sobald dies die Gesundheitslage zulässt.
5. Finanzielle öffentliche Unterstützungen für Unternehmen und Selbstständige müssen garantiert werden. Sie müssen eine mittelfristige Perspektive erhalten.
6. Alle Rückzahlungsverpflichtungen staatlicher Kredite (IHG, NRP) müssen auch für das Jahr 2021 ausgesetzt werden. Der Kanton sollte die Geschäftsbanken und auch die Gesellschaft für Hotelkredite anhalten, auf Amortisationen fürs Jahr 2021 zu verzichten.
7. Der Bund muss angehalten werden:
  - die Arbeitnehmerbeiträge zu übernehmen für jenes Personal, das in Kurzarbeit versetzt werden musste;
  - die Unterstützungsbeiträge für die Wirtschaft zu erhöhen;
  - neue Covid-Kredite anzubieten;
  - den Zugang für Härtefall-Hilfe zu lockern, insbesondere auch in abgelegenen Gebieten.
8. Unternehmen, deren Umsätze während der Pandemie-Krise massiv gestiegen sind, sollten mit einer zeitlich begrenzten Solidaritäts-Steuer einen Beitrag an die Krise leisten.
9. Grosse Vermögen sollten mit einem zeitlich begrenzten Solidaritätsbeitrag an die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie-Krise beitragen.

# DEMOKRATIE UND INSTITUTIONEN

---



Unsere Demokratie muss alle Menschen einschliessen. Sie muss ausgewogener und mitbestimmter sein. Die Zeit, in der nur die Politikerinnen und Politiker alles und jedes bestimmten, ist vorbei. Durch die Ausweitung bestimmter politischer Rechte und die Stärkung der öffentlichen Bürger\*innen-Mitwirkung stellen wir die Bewohnerinnen und Bewohner unseres Kantons in den Mittelpunkt des politischen Interesses.

Die Bevölkerung hat ein Recht auf mehr Transparenz und auf eine bessere Kontrolle der öffentlichen Aufgaben und Dienstleistungen.

Der Walliser Verfassungsrat arbeitet derzeit an mehreren Vorschlägen, die unsere Unterstützung verdienen:

Die Abschaffung der Bezirke, die Stärkung der politischen Kontrolle über die Gemeinde-Exekutiven und eine politisch vielfältigere Regierung sind hier ein paar Stichworte.

## KONKRETE MASSNAHMEN

1. Schaffung eines Gesetzes für **Transparenz** betreffend die Parteien- und Wahlkampffinanzierung.
2. Gleichstellung: Auf jeder Wahlliste müssen mindestens 40% aller Kandidierenden **Frauen oder Männer** sein.
3. Stärkung der Teilnahme an **demokratischen Prozessen** (runde Tische von Bürgerinnen und Bürgern, Quartier-Räte, Teilnahme am SAB-Programm für die Bergdörfer...)
4. Einführung von **Bürger-mitbestimmten Budgets** zur Förderung von Projekten öffentlichen Interesses in den Regionen (Ober-, Mittel- und Unterwallis).
5. Verbesserung des Schutzes von **Whistleblowern** gegen mögliche Vergeltungsmassnahmen und Schaffung einer unabhängigen und externen Stelle (Ombudsmann) zur Behandlung von eingehenden Beschwerden.
6. Alle Mitglieder von kantonalen und kommunalen Behörden und die Führungskräfte der von der öffentlichen Hand kontrollierten Unternehmen erklären ihre **Interessenverbindungen**. Diese werden in einem zentralisierten Register aufgeführt.
7. **Ausweitung der politischen Rechte** auf kommunaler oder auch kantonaler Ebene für Ausländer\*innen mit Aufenthaltsbewilligung (Permis C). Wahlrecht für alle ab 16 Jahren und Stärkung der Bürgerkunde (easyvote, Jugendparlament, etc.).
8. Stärkung der **Kontrolle der öffentlichen Behörden** und Verwaltungen durch einen Rechnungsprüfungshof und/oder durch die Erweiterung der Befugnisse des kantonalen Finanzinspektorats.
9. Verbot einer finanziellen Vergütung fürs Sammeln von Unterschriften.
10. Schaffung einer spezialisierten Justizabteilung für **Familienangelegenheiten** und einer **Verfassungsabteilung** innerhalb Kantonsgerichts.

# WIRTSCHAFT UND ARBEIT

---



Die Wirtschaft muss im Dienst der Menschen stehen. Das Wirtschaftsgefüge des Wallis besteht hauptsächlich aus kleinen und mittleren Unternehmen. Es ist somit unerlässlich, lokale, innovative und nachhaltige Produktionen zu unterstützen

Die Zusammenarbeit mit den Hochschulen im Kanton muss gestärkt werden. So können neue Technologien entwickelt und Arbeitsplätze geschaffen werden. Und der Bedarf der Industrie an qualifizierten Arbeitsplätzen kann gedeckt werden.

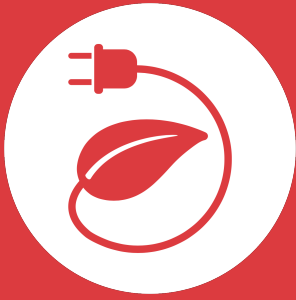
Unsere Wirtschaft muss diversifizierte Arbeitsplätze entwickeln, die menschenwürdige Arbeitsbedingungen bieten. Jeder und jedem muss es möglich sein, sich selbstständig in die Gesellschaft einzubringen. Risiken im Zusammenhang mit der Arbeitswelt (Burnout, Schikane, Mobbing...) müssen ausgemerzt werden. Die Arbeit muss ein Ort der Entfaltung sein und nicht ein Ort der des Leidens.

## KONKRETE MASSNAHMEN

1. Die Entwicklung von Kurzabschlüssen muss gefördert werden. Gleichzeitig braucht es eine Strategie für einen **positiven Wirtschaftskreislauf**.
2. Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz müssen eine Priorität darstellen, wie dies die gültigen Normen der Arbeitsaufsichtsbehörden festhalten. Dies in Unterstützung der Sozialpartner (in Zusammenarbeit mit der SUVA) und in Beratung von Unternehmen bei der **Organisation der Arbeit**, um Burn-out-Fälle zu vermeiden.
3. Förderung der Sozialpartnerschaft und Unterstützung der Sozialpartner für den Abschluss und die Erweiterung von **Gesamtarbeitsverträgen**.
4. Einführung eines kantonalen **Mindestlohns**, der je nach Branchen unterschiedlich sein kann.
5. Entwicklung modularer Berufslehren über mehrere Jahre. Bereits Gelerntes muss erneuert werden. Damit können die Erwachsenenbildung gefördert und **berufliche Umschulungen** erleichtert werden.
6. Die aktuellen Laden-Öffnungszeiten sollen beibehalten werden. Eine allgemeine Ausweitung der **Abend- und Sonntagsarbeit** muss verhindert werden.
7. Die Bürgerinnen und Bürger müssen von den kantonalen Steuerbehörden gleichbehandelt werden. Und der Kampf gegen **Steuerhinterziehung** muss verstärkt werden: Die im interkantonalen Vergleich unterdotierte Zahl an Steuerinspektor\*innen muss aufgestockt werden.
8. Der Missstand von sich **wiederholenden Insolvenzen** muss behoben werden. Massnahmen im öffentlichen Beschaffungswesen, schwarze Listen, Strafanzeigen.
9. **Öffentliches Beschaffungswesen:** Es müssen positive Kriterien gesetzt werden zur Unterstützung unserer lokalen Unternehmen, die in die Ausbildung investieren und auch für die Integration etwas tun.
10. Errichtung einer **Erwerb ersatzordnung für Arbeitslose** (Waadtländer Modell). Damit können arbeitslose Menschen im Krankheitsfall geschützt werden.

# ENERGIE UND UMWELT

---



Angesichts des Klimanotstands müssen wir schnell handeln, um eine Katastrophe zu vermeiden. Das Wallis, im Herzen der Alpen, ist besonders betroffen vom Klimawandel, von steigenden Temperaturen und den zunehmenden Wetterkapriolen.

Aber das Wallis hat auch ein enormes Potenzial, um gegen die Klimaerwärmung anzukämpfen: Wasserkraft, Sonnen- und Windenergie!

Das Wallis kann und muss DER Kanton der erneuerbaren Energien in der Schweiz werden. So soll eine Klimaneutralität bis zum Jahr 2050 erreicht werden. Und wir müssen eine 100%ige erneuerbare und einheimische Energieversorgung anstreben.

Und letztlich ist die Erhaltung unserer Landschaften und der Artenvielfalt wesentlich für unsere Lebensqualität und jene der nächsten Generationen. Und sie ist ein ausgezeichnetes Aushängeschild für unseren Tourismus.

## KONKRETE MASSNAHMEN

1. Es muss ein kantonaler Aktionsplan für die Installation von Sonnenkollektoren auf **Infrastrukturen** (Staumauern, Parkings, Lärmschutzwände etc.) erstellt werden.
2. Die **Wasserkraft** muss unterstützt werden und nach dem Heimfall in Walliser Händen stehen. Bestehende Infrastrukturen sollten erneuert und allenfalls erweitert werden (z.B. durch Erhöhen der Staumauern). Dabei müssen die Umweltaspekte berücksichtigt werden.
3. Bevölkerung und Unternehmen müssen besser und klarer informiert werden über die ökonomischen Realitäten und Möglichkeiten der **erneuerbaren Energien**. Damit kann deren Entwicklung gefördert werden. Es braucht eine klare Informations- und Anlaufstelle.
4. Zusätzliche Investitionshilfe für Einzelpersonen und Unternehmen, die das gesamte Dach ihres Gebäudes mit **Sonnenkollektoren** eindecken.
5. Gebäudebesitzer, die ihre fossile Heizung durch eine Kombination von Solarpanels und **Wärmepumpen** ersetzen, müssen speziell unterstützt werden.
6. **Stromleitungen** gehören in den Boden. Das ist mit der technologischen Entwicklung technisch und wirtschaftlich machbar. Dadurch kann die Gesundheit der Bevölkerung geschützt und die Schönheit unserer Landschaft erhalten werden.
7. Ein konkreter und kohärenter **Plan für die Sanierung belasteter Standorte** im ganzen Kanton muss auf den Tisch.
8. Es muss eine Strategie erstellt werden, um den **Rohstoff Holz** besser in Wert zu setzen. Die Walliser Wälder wachsen.
9. Im Rahmen der dritten Rottenkorrektur muss darauf geachtet werden, dass die Räume für die **Biodiversität** gestärkt werden.
10. Die Aktionen der **Wasser-Stakeholder** (Umwelt, Landwirtschaft, Trinkwasser, Wasserkraftnutzung) und der Gemeinden müssen koordiniert werden. Damit das Wasser pro Wassereinzugsgebiet nachhaltig bewirtschaftet werden kann.

# LANDWIRTSCHAFT WEINBAU – TOURISMUS



Der Tourismus ist ein wesentlicher Wirtschaftszweig für das Wallis. Die Bemühungen zur Förderung eines Tourismus für alle vier Jahreszeiten müssen verstärkt werden. Das Angebot ausserhalb der Wintersaison muss ausgebaut werden.

Die Zeit, in der jeder Tourismus-Akteur im Alleingang und ohne Rücksprache mit den anderen gearbeitet hat, ist vorbei: Das Wallis muss sich als EINE Destination präsentieren und sich selbst als solche verstehen. Zukunftssträftig sind auch neue Angebote wie regionale Naturpärke. Das

Oberwallis geht hier vielversprechende Wege.

Im Bereich der Land- und Weinwirtschaft muss der Kanton Wallis biologische und nachhaltige Anbaumethoden weiter fördern. Das Zusammenspiel zwischen Tourismus und Landwirtschaft muss verbessert werden – die beiden wichtigen Wirtschaftszweige können voneinander profitieren. Landwirtschaftliche Produkte müssen zu ihrem Wert vergütet werden, zum Beispiel durch die Förderung von Massnahmen für einen fairen Milchpreis. Der Schutz unserer biologischen Vielfalt, beispielsweise durch eine Unterstützung der Bienezucht, stellt eine Priorität dar.

## KONKRETE MASSNAHMEN

1. Im gesamten Kanton sollten **Lehrpfade** erstellt werden. Dies zur Inwertsetzung der Kultur, unserer Geschichte, der Landschaften und der einheimischen landwirtschaftlichen Produkte.
2. Der **nachhaltige Weinbau** muss gefördert und gestärkt werden. Dazu gehören die schnellere Umstellung auf Bio-Produktion, Parzellen-Zusammenlegungen und Sensibilisierungskampagnen. Die Investitionen in die Forschung zur Unterstützung des landwirtschaftlichen und weinbaulichen Sektors muss verstärkt werden, um die künftigen Herausforderungen zu bewältigen (Begrünung, Lebendigkeit des Bodens, Sortenvielfalt, Ersatz von Pflanzenschutzmitteln etc.). Die Zusammenarbeit zwischen der Branche und den Universitäten muss verstärkt werden.
3. In den staatlichen Betrieben sind **land- und weinwirtschaftliche Versuche** zu fördern – und es ist gänzlich auf eine biologische Produktion umzustellen.
4. Die Entwicklung von **Vertriebskanälen** muss unterstützt werden, um Wertschöpfung zu generieren (Direktverkauf – Produzenten-Genossenschaften – E-Commerce – etc.).
5. Registrierung des ganzen Kantons als **«Region ohne genmanipulierte Organismen»**.
6. Inwertsetzung und Förderung von **regionalen landwirtschaftlichen Produkten** in von der öffentlichen Hand unterstützten Einrichtungen. So können Schüler\*innen gesunde und nachhaltige Produkte kennenlernen.
7. Massnahmen zur Unterstützung der **Bergbauern** sind zu verstärken und zu beschleunigen. Dies gilt insbesondere für den Herdenschutz.
8. Unterstützung von **Agrotourismus-Projekten** (Ausbildung, Hilfe bei Formalitäten...).
9. Die Rolle von **Valais/Wallis Promotion** muss gestärkt werden. Synergien sind zu schaffen, Beratung von kleinen Stationen vor Ort ist nötig.
10. Die **Erhaltung der Eringerasse** muss gefördert werden – durch die Unterstützung der Züchterinnen und Züchter.

# FAMILIE UND JUGEND

---



Walliser Familien sind vielfältig: "traditionelle", gemischte, ein-Eltern- oder Regenbogenfamilien. Unabhängig von ihrer Herkunft, ihren finanziellen Möglichkeiten oder ihrer Zusammensetzung müssen sie alle ihren Platz in unserer Gesellschaft finden können. Vom frühen Alter an müssen Kinder in der Lage sein, soziale Kontakte zu knüpfen. Und es muss für jede und jeden möglich sein, Familie und Beruf zu vereinbaren. Eine moderne Familienpolitik wird dazu beitragen, die Gleichstellung der Geschlechter zu stärken.

Ausserschulische Kinderbetreuungseinrichtungen, die als öffentliche Dienstleistung konzipiert sind, müssen gestärkt werden und für alle Familien erschwinglich sein. Die Arbeitsbedingungen des Kita-Personals müssen spürbar verbessert werden. Und schliesslich müssen die Rechte der Kinder im Mittelpunkt unserer Jugendpolitik stehen.

## KONKRETE MASSNAHMEN

### Kinderkrippen/Kitas

1. Die **Arbeitsbedingungen und Gehälter** des Personals der Kinderkrippen müssen durch einen kantonalen Gesamtarbeitsvertrag verbessert werden.
2. Wie in anderen Kantonen muss unter Einbezug der Wirtschaft ein **kantonaler Unterstützungsfonds** geschaffen werden, um neue Kinderkrippen zu schaffen. Plätze sind für Kinder ab 3 Monaten anzubieten. Die Gebühren für Familien sind zu senken.
3. In den Kinderkrippen ist der Anteil an **ausgebildetem Personal** zu erhöhen. Beizuziehen sind auch zusätzliche Fachkräfte für die Betreuung von Kindern mit besonderen Bedürfnissen.

### Familien

4. Einführung einer zusätzlichen **Elternzeit von 8 Wochen**, die sich beide Elternteile teilen.
5. Für **Familien müssen spezielle Ergänzungsleistungen** eingeführt werden, die ein Abrutschen in die Sozialhilfe vermeiden.

### Kinder und Jugendliche

6. Die Strukturen für den **Schutz von Kindern** und für Kinder mit besonderen Bedürfnissen müssen gestärkt werden. Das gleiche gilt für die Kinderpsychiatrie.
7. Gemeinden müssen bei der **Professionalisierung der soziokulturellen Betreuung** junger Menschen ermutigt und unterstützt werden (Unterstützung bei der Einführung, Förderung guter Praktiken durch Richtlinien oder Fachleute usw.).
8. Systematisierung der Richtlinien für Kinder-/Schülerräte in Schulen und für Kinderbetreuungsstätten.
9. Die **Rechte der Kinder** müssen in das Programm der obligatorischen Schulen integriert werden.
10. **Stärkung der Gleichstellungs-Ausbildung** für Lehrer\*innen und Kinderbetreuungseinrichtungen.



# GESUNDHEIT - SOZIALES

---



Daran erinnert die Bundesverfassung in ihrer Präambel: "Die Stärke des Gemeinwesens bemisst sich nach dem Wohl der Schwächsten seiner Glieder". Ob man nun krank oder gesund, reich oder arm, jung oder alt ist: Die Schweiz und das Wallis verfügen über die Mittel, um ein menschenwürdiges Leben zu gewährleisten und soziale Sicherungssysteme einzurichten, die unserem Wohlstand entsprechen.

Die Solidarität muss im Mittelpunkt unserer Politik stehen: Jede und jeder muss im Rahmen ihrer/seiner Möglichkeiten zu unseren Gesundheits- und Sozialversicherungssystemen beitragen. Prävention ist nach wie vor eines der besten Mittel, um soziale Ausgrenzung einzuschränken oder zu vermeiden und die Geissel der Armut zu bekämpfen. Schliesslich muss eine echte Alterspolitik betrieben werden, die unseren Seniorinnen und Senioren nach einem langen Arbeitsleben einen angemessenen Ruhestand garantiert.

## KONKRETE MASSNAHMEN

1. Die Gehälter des **Gesundheitspersonals** müssen erhöht und die Arbeitsbedingungen verbessert werden. Die Beteiligung an politischen Entscheidungen muss gestärkt werden.
2. Die Höhe der **Krankenkassenprämien** muss auf 10% des Haushaltseinkommens begrenzt werden.
3. Auf kantonaler Ebene ist eine **Zahnversicherung** einzuführen.
4. **Sexuelle Gesundheit**: Bessere Koordination der fachspezifischen Partner und Ausbau der Prävention (Einwilligung, Verhütung, Übertragung sexueller Infektionen, Respekt...).
5. Der **Personalbestand in den Alters- und Pflegeheimen** (APH) ist zu erhöhen. Die Aufsicht ist zu verstärken. Und neue Wohnformen müssen gefördert werden, damit ältere Menschen so lange wie möglich daheimbleiben können.
6. Zu schaffen ist eine **zentrale Anlaufstelle**, welche die Akteure des Gesundheits- und Sozialwesens zusammenbringt. Dies soll den Informationsfluss verbessern und die Betreuung komplexer Fälle begünstigen.
7. Die Rolle des Ombudsmanns oder der Ombudsfrau für Gesundheits- und Sozialeinrichtungen muss gestärkt werden. Insbesondere muss **Leiden am Arbeitsplatz** verhindert werden.
8. Betreffend **Armut** im Wallis müssen verlässliche Daten gesammelt werden. Darauf aufbauend, müssen die Instrumente zur **Bekämpfung der Prekarität** verbessert werden. Dies auch durch Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum.
9. Allen vom Kanton unterstützten **sozialen Institutionen** sind 3-Jahres-Leistungsaufträge zu erteilen, und ihre Autonomie ist zu gewährleisten.
10. Der wachsenden Bedeutung von **psychischen Problemen** muss Rechnung getragen werden. Zu entwickelnde Pilotprojekte müssen die IV-Stelle, das Spital Wallis, die NGOs und die Wirtschaft zusammenbringen.

# SERVICE PUBLIC UND MOBILITÄT



Randregionen wie das Wallis, insbesondere die Seitentäler, brauchen einen starken Service public, der das gesamte Kantonsgebiet abdeckt. Der öffentliche Dienst muss seine primäre Funktion des "Dienstes an der Bevölkerung" zurückgewinnen und darf sich nicht allein an seinen finanziellen Ergebnissen messen. Ein guter Service public muss auch vorbildliche Arbeitsbedingungen für die Mitarbeiter\*innen garantieren.

Es muss eine kantonale Mobilitätsstrategie entwickelt werden, die es ermöglicht, dass verschiedene Formen der Mobilität, ob sanft oder weniger sanft, nebeneinander existieren und sich gegenseitig ergänzen (Bus, Bahn, Auto, Fahrrad, Fussgänger-mobilität usw.). Auch die Verbindungen zwischen den Verkehrsmitteln müssen verbessert werden. Und: es braucht den Vollausbau des Lötschbergs.

## KONKRETE MASSNAHMEN

1. Zusammen mit den Bergkantonen und den peripheren Gebieten der Schweiz braucht es ein starkes Engagement für den Erhalt der Poststellen und eine **Strategie des öffentlichen Dienstes** bezüglich Post.
2. In den Poststellen sind Dienstleistungen von öffentlichen Unternehmen oder der Verwaltung einzurichten.
3. Im öffentlichen Verkehr braucht es einen kantonalen Gesamtarbeitsvertrag, um **akzeptable Arbeitsbedingungen** für das Personal zu gewährleisten.
4. Die **Kadenz des öffentlichen Verkehrs** ist zu erhöhen. Das gilt für Strecken, auf denen dies möglich ist, und es das gilt auch für Zeitfenster ausserhalb der Hauptverkehrszeiten (am Wochenende, am Abend).
5. Es müssen Massnahmen zur **Priorisierung und Verflüssigung des öffentlichen Verkehrs** gefördert werden (Busspuren, Ampelpriorisierung, verbesserte Verbindungen, Multimodalität usw.).
6. Es gilt, finanzielle Anreize für den öffentlichen Verkehr zu schaffen (Ausweitung des "**Bahnchecks**", Walliser GA, etc.).
7. Die **Präsenz von Personal** in Bahnhöfen und in den von der öffentlichen Hand subventionierten öffentlichen Verkehrsmitteln muss verstärkt werden.
8. Es braucht eine **kantonale Strategie zugunsten des Radverkehrs** (Schaffung eines Netzes durchgehender und sicherer Radwege, Mountainbiking, Tourismus usw.).
9. Die **Ziele der Alpeninitiative** sind zu respektieren: Unsere Region muss vor den Belastung durch den Transitverkehr geschützt werden (Verschärfung der Kontrollen, Verbot von Gefahrguttransporten über den Simplonpass etc.).
10. **Lärmbelästigung**: Es braucht ein Engagement, gemeinsam mit den Gemeinden, zu Gunsten einer Geschwindigkeitslimite von 30km/Stunde. Diese soll in der Nacht und in Wohngebieten gelten.

# KULTUR – KULTURERBE SPORT



Manchmal an den Rand gedrängt oder auf die Sphäre der Freizeit reduziert, bleiben die Kultur und ihre wichtigen wirtschaftlichen Auswirkungen unterbewertet. Doch Kultur schafft auch viele Arbeitsplätze mit grosser Wertschöpfung.

Das Wallis hat ein reiches Kulturerbe. Seine Gebäude, seine Dialekte und seine vielen immateriellen Traditionen verdienen es, geschützt und gefördert zu werden. Dieses Erbe ist, wie die Kultur, ein unbestreitbarer touristischer Gewinn. Kultur, Kulturerbe und Sport verdienen besondere Aufmerksamkeit und Entwicklung, insbesondere bei Kindern und Jugendlichen. So kann das geistige und körperliche Wohlbefinden der Walliser Bevölkerung gestärkt werden.

## KONKRETE MASSNAHMEN

1. Jedes Kind im Wallis soll einen **kantonalen Gutschein** erhalten, der für kulturelle oder sportliche Aktivitäten verwendet werden kann.
2. Die **Buchproduktion** muss unterstützt werden. Buchhandlungen sind in ihrer Rolle als Kulturvermittler zu stärken. Und jede Lehrperson soll die Möglichkeit haben, einmal im Jahr ihrer Klasse ein Buch eines französisch- oder deutschsprachigen Autors anzubieten.
3. Das Konzept des **kulturellen GA's** ist zu erweitern, und zwar auf die gesamte Bevölkerung. Damit kann der Zugang zur Kultur gefördert werden.
4. Die **Arbeitsbedingungen von Fachkräften im Kulturbereich** sind zu verbessern (klare Richtlinien für mögliche Subventionen, Anhebung des Gehalts von Musikschullehrenden auf das Niveau von Primarlehrer\*innen. usw.).
5. Die Einrichtung eines **Archäologiemuseums** soll möglich machen, das reiche Kulturerbe für die Bevölkerung und den Tourismus zu erschliessen.
6. **Kulturelle Stärkung der Gemeinden**, dank regionaler Kulturdelegierter. Auch die Verbindungen zwischen der Schule und dem kulturellen und sportlichen Umfeld sind zu stärken (Interventionen von Künstlern und Sportlern in den Schulen, kulturelle Besuche, Sportentdeckungen...), auch in den Bergdörfern.
7. Die **Volkskultur** ist in die Liste unserer lebendigen Traditionen zu integrieren. Weiter sollte ein Dossier für die Anerkennung des traditionellen Walliser Kunsthandwerks als Teil des immateriellen Kulturerbes der UNESCO eingereicht werden.
8. Projekten zur Förderung unseres **Patois und der Dialekte** sollten gefördert werden (Beschilderung, Medienarbeit, Bücher, Bewusstseinsbildung in der Schule, kulturelles Schaffen, Volkshochschulen usw.).
9. Aufruf für **innovative Projekte** (Forschung, zeitgenössisches Schaffen) zur Aufwertung und Förderung unseres Kulturerbes.
10. Ein regionaler **Masterplan für Sportinfrastrukturen** sollte erstellt werden, um Ressourcen besser zu koordinieren.

# ERZIEHUNG - BILDUNG FORSCHUNG



Der Staat hat die Verantwortung, eine starke öffentliche und unentgeltliche Schule zu führen, die die Chancengleichheit garantiert. Die in der Schule erworbenen Fähigkeiten sollen die Kinder zu selbständigen, verantwortungsvollen und sozial bewussten Bürgerinnen und Bürgern machen. In diesem Sinne muss die Erziehung zur Staatsbürgerschaft gestärkt werden.

Bildung ist eine Investition und nicht nur eine Ausgabe. Die in die Bildung investierten Mittel müssen für alle eingesetzt werden: für Kinder in der obligatorischen Schule, für Studenten\*innen und Lehrlinge, für junge Menschen aus der Mittel- und Arbeiterschicht für ihre Ausbildung, für Forschung und Hochschulbildung. Und auch für die Weiterbildung, die für den Erwerb von Grundkenntnissen oder für die berufliche Umschulung unerlässlich ist. Niemand darf auf der Strecke bleiben. Wir müssen dafür sorgen, dass jeder Jugendliche einen beruflichen oder allgemeinbildenden Abschluss der Sekundarstufe II erhält.

## KONKRETE MASSNAHMEN

1. Die **fächerübergreifenden Fähigkeiten** (Zusammenleben, Demokratie, Kommunikation, Selbstvertrauen, Kreativität, kritisches Denken, ICT, Gesundheit, Gewaltprävention usw.) müssen in den Stundenplänen der Pflichtschule einen echten Platz erhalten.
2. Die multidisziplinären Teams (**Logopädie, Sozialarbeit** etc.) in den Schulzentren müssen gestärkt werden. Dies, um eine frühzeitige Erkennung und bessere Nachbetreuung jener Kinder zu gewährleisten, die besondere Aufmerksamkeit benötigen. Das **Mobbing** in der Schule muss aktiv bekämpft werden.
3. Darlehen sind durch **Stipendien** zu ersetzen. Die Mittel für Chancengleichheit sind zu erhöhen. Höhere Studiengebühren müssen vermieden werden.
4. Die Gemeinden müssen bei der Einrichtung von **Ganztageschulen** unterstützt werden. Das bedingt auch ein Überdenken der Hausaufgaben.
5. Jugendliche, die zwischen dem Ende der OS und der Erlangung eines Lehrabschlusses auf Schwierigkeiten stossen, müssen unterstützt werden. Übergangsmassnahmen (Vorlehre, Motivationssemester usw.) und die Unterstützung während
- der dualen Ausbildung (Jobcoaching) müssen gefördert werden. Es ist zu prüfen, ob die obligatorische Schulpflicht nicht auf 18 Jahre zu verlängern ist.
6. Die **Berufsbildung** (Berufsberatung, Schnupperpraktika, SwissSkills usw.) muss gestärkt werden.
7. Es sollte eine Studie über **digitalen Analphabetismus** gemacht werden. Und es braucht eine Strategie zur Bekämpfung dieses Phänomens, das zu sozialer Ausgrenzung führt.
8. Die sinnvollen Investitionen in unsere **Hochschulen und Forschungsinstitute** müssen fortgeführt werden, um das Wallis zu einem Kompetenzzentrum in den Bereichen Industrie, Unternehmensgründung und neue Technologien zu machen.
9. Der **Sprachaustausch** muss gefördert werden. Durch den Ausbau des Angebots von der Grundschule bis zur Sekundarstufe II, durch die Nutzung des Potenzials der neuen Technologien und durch die Förderung der Zusammenarbeit zwischen Lehrer\*innen.
10. Es muss eine Kultur des beruflichen Übergangs innerhalb und ausserhalb der Ausbildung etabliert werden. Und es braucht Angebote zur Ausbildung und Umschulung im Beruf. Dadurch kann ein **Beruf aufgewertet** werden.

# GLEICHBERECHTIGUNG & MENSCHENRECHTE



Alle Formen der Diskriminierung müssen bekämpft werden. Ob aufgrund von Herkunft, Rasse oder ethnischer Zugehörigkeit, Religion, Geschlecht, Geschlechtsidentität, sexueller Orientierung oder Behinderung: Der Kanton muss sich für das Zusammenleben und den Zusammenhalt unserer Gesellschaft einsetzen.

Um solche Diskriminierungen wirksam bekämpfen zu können, ist es notwendig, diese Phänomene zu erkennen und zu beobachten sowie angepasste, gezielte und effiziente Präventionsprogramme zu entwickeln. Mit einer mutigen und kohärenten Politik zugunsten von Gleichheit und Menschenrechten können wir eine tolerante, auf Respekt basierende Gesellschaft aufbauen, in der jeder seinen Platz finden und sich entfalten kann.

## KONKRETE MASSNAHMEN

1. Stärkung der Ressourcen des kantonalen Amtes für Gleichstellung und Familie. Erweitern Sie ihren Auftrag, indem Sie die Themen **Homophobie** und Transphobie integrieren und eine Beobachtungsstelle für Ungleichheiten und Diskriminierung einrichten.
2. Das Gesetz zur Integration von **Menschen mit besonderen Bedürfnissen** sollte überarbeitet und ausgebaut werden (Stelle eines Behindertenbeauftragten, leichter Zugang zur Justiz, bessere Eingliederung in das berufliche und gesellschaftliche Leben, unter Berücksichtigung der Stellungnahmen der betroffenen Verbände).
3. Eine ausgewogene Vertretung von Frauen und Männern in der Verwaltung und den vom Kanton unterstützten Organisationen muss garantiert werden. Die Umsetzung der Charta für **Lohn-gleichheit** ist zu stärken - im öffentlichen Sektor, aber auch in von der öffentlichen Hand subventionierten Unternehmen.
4. Innerhalb der kantonalen Verwaltung sind Massnahmen zugunsten der Gleichstellung zu ergreifen (Arbeitsorganisation, Verhinderung von sexueller Belästigung usw.), z. B. mit Hilfe des Tools **Pro-Equality**.
5. Erarbeitung eines Aktionsplans gegen **Belästigung im öffentlichen Raum**: Studie über das Ausmass, Plakatkampagne, Schulung von Fachleuten und Sensibilisierung in der Schule.
6. Bekämpfung des **Menschenhandels**: Aufbau eines Systems zur Erkennung und Betreuung von Opfern.
7. Die Massnahmen gegen **häusliche Gewalt** gemäss der Istanbul-Konvention sind zu verstärken: Schutzräume, aber auch Unterstützung für Opfer und deren Kinder, Verfolgung von Tätern, Schulung von Akteuren usw.
8. Die Prävention und Sensibilisierung in Schulen gegen **Sexismus, Homophobie und Rassismus** ist zu intensivieren: "Equality School", Programm "Zusammen ausgehen und sich respektieren", Lehrerfortbildungen, Einbezug von Referent\*innen, Schulprojekte etc.).
9. Die **Gebärdensprache** ist anzuerkennen. Der Zugang zur Informationen ist für die gesamte Bevölkerung zu gewährleisten. Offizielle Dokumenten sind (auch) in einfacher Sprache zugänglich zu machen.
10. Bei der Erteilung oder Verlängerung von B- oder C-Permis sowie bei Anträgen auf B-Genehmigungen aus humanitären Gründen sind humanere Massstäbe anzuwenden. Verfahren dürfen nicht auf die lange Bank geschoben werden.